Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1957

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 123. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, den 1. Juli 1960

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter **Dr. Kohut**

Auf welche gesetzliche Bestimmung gründet die Bundesregierung die bei der Beantwortung meiner Anfrage in der 114. Sitzung des Bundestages (Drucksache 1846, Frage VIII/2) erteilte Auskunft, haushaltsrechtliche Vorschriften ließen es nicht zu, über Leistungen aus Titel 300 Auskünfte zu erteilen?

Ist es nicht vielmehr so, daß die Erteilung von Auskünften über Leistungen aus diesem Titel in das Ermessen der Bundesregierung gestellt ist, das sich an der politischen Verantwortlichkeit der Bundesregierung, insbesondere aber an ihrer Pflicht zu orientieren hat, Klarheit dort zu schaffen, wo durch Meldungen über angebliche Leistungen aus dem Titel 300 das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist es richtig, daß der Herr Bundeskanzler durch ein Finanzabkommen Mitte April 1960 mit der damaligen türkischen Regierung Menderes einen Kredit von 35 Millionen Dollar und eine Hermes-Garantie über weitere 15 Millonen Dollar zusagte und daß dieser Staatsvertrag in Bonn als „Geheime Verschlußsache" deklariert wurde?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Wilhelm**

Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang mit der Einschränkung bzw. Stillegung von Schachtanlagen der Saarbergwerke im Saarland die gleichen Förderungsmaßnahmen zur Ansiedlung von Industriebetrieben zu erwägen, wie sie für den Raum Bochum zugesagt wurden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter **Krammig**

Wie viele Tonnen Roggen wurden
a) im Jahre 1957
b) im Jahre 1958
c) im Jahre 1959
in das Ausland ausgeführt?

Wie hoch war der Preis, der auf dem Binnenmarkt je Tonne Roggen gezahlt wurde?

Wie hoch waren die Einlagerungskosten je Tonne Roggen bei der Einfuhr- und Vorratsstelle?

Zu welchem Preis wurde der Roggen je Tonne exportiert?

Wie hoch ist die Gesamthöhe des Bundeszuschusses, der je Tonne Roggen beim Export gezahlt wurde?

Warum wurde dieser Roggen nicht denjenigen Landwirten zu Futterzwecken zum Kauf angeboten, die ihre Eigenerzeugung an Roggen verfütterten, somit keinen Roggen auf den Markt brachten und noch Bedarf hatten?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

Abgeordneter **Vogt**

Verfügt die Bundesregierung über ausreichende Informationen über die in der Sowjetischen Besatzungszone aus politischen Gründen inhaftierten Deutschen, gegebenenfalls auch über deren Deportation in die Sowjetunion?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nunmehr nach Bekanntgabe des Todes von Dr. Linse durch das Sowjetische Rote Kreuz es an der Zeit ist, der ganzen Welt eine zusammengefaßte Dokumentation über das Ausmaß dieses kommunistischen Terrors — über die Anzahl der Inhaftierten, über die angeblichen Gründe, die zur Verhaftung und zur Verurteilung geführt haben, über die Strafen, über die Fälle von Menschenraub und über das Einzelschicksal — vorzulegen?

Ist die Bundesregierung bereit, eine solche Dokumentation in Form eines Rotbuches herauszugeben?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft

Abgeordnete **Frau Dr. Dr. h. c. Lüders**

Trifft es zu, daß sich in Großbritannien der Gehalt an Strontium 90 im Knochenmark von Säuglingen und Kleinkindern in den letzten Jahren verdoppelt hat, und wie war die Entwicklung bei den Säuglingen und Kleinkindern im Bundesgebiet?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VII. 1. Abgeordneter **Killat (Unterbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in einem nicht vertretbaren Ausmaß erheb-

liche Mängel in der Rentenabteilung festgestellt wurden, die

a) eine bedenkliche Häufung fehlerhaft berechneter Renten ergaben und

b) auch die Möglichkeit aufzeigten, daß an den Rentenberechnungs-Unterlagen verhältnismäßig leicht unbefugte Änderungen vorgenommen werden können?

Was gedenkt bejahendenfalls die Bundesregierung zu tun, um die Versicherten, wie auch die Versichertengemeinschaft vor Schäden aus solchen anscheinend in der Verwaltungsführung liegenden Mängeln zu bewahren?

VII. 2. Abgeordneter **Simpfendörfer**

Wie hoch ist die Kapitaldecke bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge angewachsen?

Ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, daß es angebracht wäre, die Beitragssätze zu senken, weil ja allein durch den Zinsendienst eine weitere Aufstockung des Kapitals erfolgt?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

VIII. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

In welchem Umfange sind bisher Fehler bei den automatischen Gebührenabrechnungen der Deutschen Bundespost aufgetreten?

VIII. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Herr Bundespostminister bereit darauf hinzuwirken, daß die Überweisungsvordrucke der Deutschen Bundespost mit denen der Kreditinstitute abgestimmt werden, damit eine Brücke zwischen beiden Überweisungsverfahren in der maschinellen Abwicklung gefunden wird?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Ist es richtig, daß auf einer Schülerwanderung in der Gemarkung Bruchhausen, Kreis Brilon, eine Schülerin getötet wurde, als die Klasse sich auf einem gekennzeichneten Wanderweg befand und dabei in das Scharfschießen einer belgischen Einheit geriet?

Ist es richtig, daß auf diesem gekennzeichneten Wanderweg keine Warnschilder aufgestellt waren?

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Schießplatz sich nur etwa 2 km von der Grenze des waldeckischen Uplandes befindet, das ein stark besuchtes Fremdenverkehrsgebiet ist?

Wird die Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung sich energisch darum bemühen, daß der Schießplatz verlegt wird, was die Gemeinde Bruchhausen schon vor einem Jahr beantragt hatte?

IX. 2. Abgeordneter **Merten**

Ich frage die Bundesregierung, ob die Behauptungen in der Reuter-Meldung vom 10. Juni 1960 zutreffen, wonach für die an die Bundeswehr gelieferten Düsenjäger vom Typ F 84 keine ausreichende Zahl von Piloten zur Verfügung steht.

IX. 3. Abgeordneter **Schneider (Bremerhaven)**

Welche Auskunft hat der Herr Bundesverteidigungsminister von dem DGB-Vorsitzenden Richter in bezug auf den Beschluß der Delegierten des Gewerkschaftsjugendtages der IG Bergbau in Gelsenkirchen erhalten, die einen „Wehrbeitrag" abgelehnt und sich für einseitige Kontakte mit der Bundeswehr ausgesprochen hatten, wonach zwar Gewerkschaftsvertreter bei der Bundeswehr, nicht aber Offiziere der Bundeswehr in Gewerkschaftsveranstaltungen sprechen dürfen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

X. 1. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist es richtig, daß das Bundesgesundheitsamt (Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene) am 14. Januar 1960 ein Gutachten über die Immission in der Umgebung des Portlandzementwerkes Wössingen, Landkreis Karlsruhe, erstellt hat, obwohl die zur Grundlage dieses Gutachtens dienenden Staubmessungen ganz oder teilweise durch Fremdbeeinflussung oder durch böswillige Verunreinigungen unbrauchbar waren?

Entspricht es den Tatsachen, daß das Meßgerät, das am Ort des stärksten Staubbefalls aufgestellt war, von dritter Hand verunreinigt worden war?

Ist es richtig, daß die Meßgeräte von Angehörigen des Zementwerkes Wössingen mit einem werkseigenen Kraftfahrzeug abgeholt und mit Plomben des Zementwerkes verschlossen wurden?

Entspricht es den Tatsachen, daß zur weiteren Grundlage des Gutachtens eine Prozentzahl auf Grund von Messungen des Vereins deutscher Zementwerke unterstellt wurde, obwohl diese Zahl vom Bundesgesundheitsamt nicht überprüft wurde?

Ist das Bundesgesundheitsamt bereit, eine nochmalige Immissionsprüfung für einen längeren Zeitraum durchzuführen, wobei die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Meßgeräte nicht von dritter Hand beeinträchtigt werden können und daß sie von amtlichen Stellen eingesammelt und mit amtlichen Plomben versehen werden?

X. 2. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Warum sind die in der Essenzenverordnung und in der Kaugummiverordnung genannten Lebensmittelzusatzstoffe in der Lebensmittelverordnung vom 19. Dezember 1959 zugelassen worden, obwohl der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft benannte Sachverständige, Prof. Druckrey, ausdrücklich erklärt hat, über die Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit dieser Stoffe sei der Wissenschaft nichts bekannt, und obwohl Prof. Druckrey aus diesem Grund vor der Zulassung solcher wissenschaftlich nicht untersuchter Stoffe gewarnt hatte?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Strahlenschutzverordnung vorzulegen, in der untersagt wird, daß Röntgen-Reihenuntersuchungen zu Pflichtuntersuchungen gemacht werden, denen sich bestimmte Berufsgruppen, z. B. Lehrer, jedes Jahr einmal oder öfter zu unterziehen haben? Ist dem Bundesinnenministerium bekannt, daß es vorkommt, daß amtliche Stellen des Gesundheitsdienstes amtliche Anfragen über die Höhe der Strahlenbelastung bei vorgenommenen Röntgen-Reihenuntersuchungen nicht beantworten können, ja daß sie antworten: „Wir wissen es nicht."?

X. 4. Abgeordneter **Simpfendörfer**

Warum konnten die Verhandlungen über die Gebührenordnung für Hebammen noch nicht abgeschlossen werden, und steht ein neuer Termin zu Verhandlungen darüber fest?

X. 5. Abgeordneter **Pusch**

Wann werden die in Westdeutschland lagernden Bücher der ehemals Preußischen Staatsbibliothek wieder nach Berlin gebracht?

X. 6. Abgeordneter **Pohle**

Ist der Bundesregierung der Fall des blinden Ohnhänders Herbert Schacht aus Heilbersheid über Montabaur bekannt, der sich nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft zur Minensuche zur Verfügung stellte und hierbei seine schweren Verletzungen erlitt?

Hat die Bundesregierung davon Kenntnis erhalten, daß dieser Mann im Jahre 1952 zwar mit dem großen Verdienstkreuz ausgezeichnet wurde, aber trotz seiner schweren Beschädigung mit seinem neuen Schwerbeschädigtenausweis nicht einmal mehr die Vergünstigung in Anspruch nehmen kann, bei der Fahrt mit der Bundesbahn mit einem Fahrtausweis zweiter Klasse die erste Klasse zu benutzen?

Ist die Bundesregierung bereit, da in absehbarer Zeit mit einer gesetzlichen Änderung unter den gegebenen Verhältnissen zu rechnen keine Aussicht besteht, auf dem Verhandlungsweg mit den Ländern und der Deutschen Bundesbahn eine Härteausgleichsregelung wie im genannten Fall anzustreben?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

XI. 1. Abgeordneter **Maucher**

Ist dem Herrn Bundesfinanzminister bekannt, daß Steuerfahndungsverfahren auch bei kleineren Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten in manchen Fällen — wie zum Beispiel bei einem Betrieb im Bereich der Oberfinanzdirektion Stuttgart — mehr als 6 Jahre dauern und daß dadurch den betroffenen Betrieben nicht mehr auszugleichende wirtschaftliche Schäden entstehen?

Ist der Herr Bundesfinanzminister bereit, über das zuständige Landesministerium unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß Steuerprüfungen und Steuerfahndungen auch zeitlich auf das unerläßliche Maß beschränkt werden?

XI. 2. Abgeordneter **Wittrock**

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß Städten, deren Straßennetz durch eine unverhältnismäßig große Zahl amerikanischer Militär- und Zivilkraftfahrzeuge belastet ist — wie beispielsweise in Wiesbaden —, ein besonderer finanzieller Ausgleich zu gewähren ist, um die notwendigen Straßenbaumaßnahmen der Stadt finanzieren zu können?

XI. 3. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Haben die Absichten der Bundesregierung, bis zum Zustandekommen eines die Regelung von Reparations- und Restitutionsschäden im einzelnen erfassenden Gesetzes durch Überbrückungsmaßnahmen zu helfen, zu einem Ergebnis geführt?

Sind die Beratungen über die in dieser Richtung erwogenen Richtlinien abgeschlossen worden, und wann kann gegebenfalls die Einreichung diesbezüglicher Anfragen erfolgen?

XI. 4. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Wie hoch beziffert sich die heute noch vorhandene Liquidationssumme aus der Abwicklung der GmbH "Deutsches Nachrichtenbüro"?

Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß heute über 70jährige Personen, die früher bei dieser Institution beschäftigt waren, die bereits in der Weimarer Republik eine begründete Anwartschaft auf Altersversorgung hatten, von Fürsorgeunterstützung leben müssen?

Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um in dringendsten Notfällen zu helfen?

XI. 5. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Vertritt das Bundesfinanzministerium in der Tat die Auffassung, daß ein Gerät, das den in Straßenbahnschienen sich sammelnden Schmutz aufklaubt, keine „Arbeitsmaschine" sei, vielmehr dem „Gütertransport" diene und damit der Kraftfahrzeugsteuer zu unterwerfen sei?

Wie hoch beziffert sich — exakt oder schätzungsweise — der entstehende Steuerausfall, wenn solche fast ausschließlich im kommunalen Bereich verwendeten Geräte von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII. 1. Abgeordneter **Dürr**

Billigt der Herr Bundesverkehrsminister den Standpunkt der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, die Beschäftigung ausländischer Praktikanten in ihrem Bereich vom Abschluß einer zusätzlichen, privaten Unfall- und Haftpflichtversicherung abhängig zu machen?

XII. 2. Abgeordneter **Vogt**

Erkennt die Bundesregierung an, daß die schematische Festsetzung der Nahverkehrszonen dort zu unbilligen, den Wettbewerb behindernden Härten führt, wo die Standorte wirtschaftlich und verkehrsmäßig ungünstig liegen?

Ist die Bundesregierung bereit eine Regelung zu treffen, die eine elastische, den Wettbewerb ausgleichende Festsetzung der Nahverkehrszonen erlaubt?

XII. 3. Abgeordneter **Rademacher**

Aus welchem Grunde war die Bundesrepublik Deutschland auf dem VII. Kongreß der IRU vom 9. bis 14. Mai 1960 in Dubrovnik nicht vertreten, obgleich die meisten westeuropäischen Regierungen — unter anderem die Niederlande durch ihren Verkehrsminister — vertreten waren?

Ist die Unterlassung der Entsendung eines Regierungsvertreters der Bundesrepublik auf politische Gründe zurückzuführen, und wenn ja, auf welche?

XII. 4. Abgeordnete **Frau Welter (Aachen)**

Ist es dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn mit Einführung des Sommerfahrplans am 29. Mai 1960 die mit 75%iger Fahrpreisermäßigung bedachten Kindertransporte in das gebührenpflichtige Platzreservierungsverfahren für F- und D-Züge eingeordnet hat, nach dem für jeden reservierten Platz eine Gebühr von 1 DM zu entrichten ist?

Was gedenkt der Herr Bundesverkehrsminister zu tun, um diese Maßnahme schnellstens zurückzunehmen, die in krassem Mißverhältnis zu der sozialfürsorgerischen Tendenz der Fahrpreisermäßigung in der Erholungsfürsorge steht und die sich zum Nachteil der gesundheitgefährdeten und erholungsbedürftigen Kinder, die überwiegend Familien mit geringem Einkommen angehören, auswirkt?

XII. 5. Abgeordneter **Simpfendörfer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die meisten der 72 Opfer (Hinterbliebene und Verletzte) des Lauffener Omnibusunglücks vom 20. Juni 1959 sich noch in Status von Fürsorgeempfängern befinden?

Was ist bisher getan worden, um die Hinterbliebenen und Verletzten materiell einigermaßen sicherzustellen?

Kann nicht vor Entscheidung über die Revisionsverhandlung die Deutsche Bundesbahn angehalten werden, ohne Rechtsanerkennung den Betroffenen finanziell zu dem wirtschaftlichen Stand zu verhelfen, den die Familien vor dem von ihnen unverschuldeten Unfall besaßen?

XII. 6. Abgeordneter **Wittrock**

Gibt es Erfahrungen, daß insbesondere für ortsfremde Kraftfahrer bei Verkehrsampeln eine Verkehrsgefährdung entstehen kann, wenn sich in der Nachbarschaft oder im unmittelbaren Hintergrund dieser Signalanlagen Lichtreklamen mit den bei den Ampeln üblichen Farben befinden?

Hält die Bundesregierung eine Regelung zum Schutz der ausschließlichen Verwendung der Farben rot und gelb für Verkehrsampeln in deren unmittelbarem räumlichem Bereich für zweckmäßig und notwendig?

XII. 7. Abgeordneter **Büttner**

Sind dem Bundesverkehrsministerium die Vorschläge des Ingenieurs Hermann Artz aus Rheinhausen, Kreis Moers, zur besseren Verkehrsabwicklung auf den Autobahnen und zur Herabminderung der Zahl der Verkehrsunfälle bekannt?

Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, eine sachliche Prüfung dieser Vorschläge vorzunehmen?

XII. 8. Abgeordneter **Ritzel**

Welche Auffassung vertritt das Bundesverkehrsministerium hinsichtlich der Anforderungen an Bewerber für den Dienst der Flugsicherung?

Ist das Bundesverkehrsministerium etwa der Meinung, daß das bisher angestrebte Ausbildungsziel in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Anforderungen des praktischen Dienstes steht?

Hält das Bundesverkehrsministerium eine Herabsetzung des Ausbildungsziels und damit der Besoldung dieser Angestellten, besonders unter Berücksichtigung der ständig steigenden Start- und Landeschwierigkeiten, im Zeitalter des Düsenflugzeugverkehrs und der wachsenden Benutzung von Privatflugzeugen für vertretbar?

Bonn, den 24. Juni 1960